

Avanti O.

RSB Oberhausen



Kolleginnen von MCS und UnterstützerInnen

Foto: Fatih Cimen

Schikanen bei MCS – Malteser Kliniken: Gegenwehr hat Erfolg

R.J.

Am 15. Juli gab es im Gewerkschaftshaus in Duisburg Grund zu feiern: Hat doch die Gewerkschaft IG BAU es mit Verhandlungen erreicht, dass gravierende Missstände bei der mehrheitlich den Maltesern gehörenden Servicegesellschaft (siehe *Avanti O.* Nr. 22, Juni 2016) nun abgestellt werden. Wichtige Forderungen von Kolleginnen bei MCS werden erfüllt.

Was wurde erreicht?

Zwei Kolleginnen bekommen einen unbefristeten Arbeitsvertrag. Zwei weitere Kolleginnen, die es sich aufgrund des Erlebten nicht

vorstellen können, bei MCS weiter zu arbeiten, erhalten gute Abfindungen. Den Vorarbeiterinnen, die an den Schikanen beteiligt waren, ist nun der Kontakt zu den betroffenen Kolleginnen untersagt. Alle angeblich „versehentlich“ abgeschlossenen Arbeitsverträge über 0,5 Wochenarbeitsstunden werden in Verträge mit realistischen Stundenzahlen umgewandelt. Auch die einstweilige Verfügung gegen den Gewerkschaftssekretär Mahir Sahin wurde zurückgezogen.

Gefeiert wurde gemeinsam mit den UnterstützerInnen der Kolleginnen, ohne die dieser Erfolg wohl nicht möglich gewesen wäre.

**Und nicht vergessen:
Nur gemeinsam sind wir stark!**

Liebe Leserinnen und Leser,

in dieser Ausgabe der *Avanti O.* berichten wir über die Erfolge beim Kampf gegen Ausbeutung und Schikanen bei MCS.

Einen Artikel zum aktuellen Stand bei XXXL-Rück findet Ihr auf Seite 2. Wir dokumentieren ein Flugblatt zur Einladung eines türkischen Faschisten durch die Stadt Oberhausen und eine Stellungnahme zur aktuellen Situation in der Türkei.

In dieser Ausgabe findet Ihr auch eine neue Folge von „Scherz, Satire, Wahnsinn“, diesmal zu den Absurditäten der Oberhausener Verkehrsplanung.

Besonders möchten wir Euch auf die Veranstaltung am 27.07. hinweisen, bei der Bernard Schmid über den Kampf gegen die Arbeitsrechts-„Reform“ in Frankreich informieren wird.

Ansonsten wünschen wir Euch eine erholsame Sommerpause.

Eure Redaktion

Inhalt	
TITEL	INTERNATIONAL
01 MCS Ein Erfolg BETRIEB UND GEWERKSCHAFT	04 Türkei: Putschversuch Vorbemerkung
02 XXXL Rück Der aktuelle Stand	04 Stellungnahme der türkischen Sektion der IV. Internationale NEOLIBERALISMUS
03 Städtepartnerschaft Einladung an Grauen Wolf	05 Scherz, Satire, Wahnsinn Oberhausen und der ÖPNV
	06 Veranstaltung / Termine

Möbelhaus XXXL Rück:

Der Widerstand gegen das Ausbeutungsmodell von XXXLutz geht weiter.

Bereits mehrfach hat die *Avanti O.* über die Machenschaften von XXXLutz in Oberhausen und anderswo berichtet, zuletzt in der Mai-Ausgabe. Dieser Artikel soll darüber informieren, was sich in Oberhausen in der Zwischenzeit ereignet hat und wie heute, Mitte Juli 2016, der Sachstand beim Fall XXXL Rück ist.

PETRA STANIUS

Zur Erinnerung: Zu Beginn des Jahres 2014 wurde die Möbelstadt Rück durch die XXXLutz-Gruppe übernommen. Im Zuge der Übernahme wurde allen Beschäftigten des Möbelhauses in Oberhausen gekündigt. Den meisten von ihnen wurden Arbeitsverträge in XXXLutz-Gesellschaften angeboten – zu deutlich schlechteren Bedingungen im Vergleich mit ihren alten Verträgen. Potentiell unbequeme, „teure“ oder nicht so leicht kündbare Beschäftigte, zum Beispiel Betriebsräte oder Schwerbehinderte, erhielten nicht einmal dieses Angebot. Die Geschäftsleitung behauptet auch heute noch, dies sei rechtmäßig gewesen, weil das Möbelhaus geschlossen und durch XXXL wieder neu eröffnet worden wäre.

Das Arbeitsgericht Oberhausen sah dies jedoch anders und entschied im Jahr 2016 in den meisten Fällen, dass die Kündigungen der Altbeschäftigten unzulässig waren, weil ein Betriebsübergang nach § 613 BetrVG stattgefunden habe. Tatsächlich war der Geschäftsbetrieb bei Rück nach der Übernahme ohne Unterbrechung

weiter gelaufen.

Gegen diese Urteile legte XXXL Berufung ein. Ab August 2016 sollen die Kündigungsschutzklagen nun vor dem Landesarbeitsgericht Düsseldorf verhandelt werden.

Betriebsrat wehrt sich gegen Behinderung seiner Arbeit

Es gibt noch einen weiteren Vorwurf gegen XXXL Rück, der vor dem Arbeitsgericht verhandelt wird:

Der im Jahr 2014 gewählte Betriebsrat von XXXL Rück geht davon aus, dass er aufgrund des einheitlichen Betriebsübergangs bis 2018 im Amt ist. Dieser Auffassung war auch das Arbeitsgericht Oberhausen, als es mit dieser Begründung im November 2015 einen Eilantrag im Zusammenhang mit der damals geplanten vorsorglichen Neuwahl des Betriebsrats ablehnte.

Dem Betriebsrat wird jedoch seitens der Unternehmensleitung der Zutritt zu seinem Büro verweigert. Seit einem Jahr kann er dadurch nur sehr erschwert seine Aufgabe wahrnehmen, die Interessen der KollegInnen gegenüber der Geschäftsleitung zu vertreten. Dagegen hat der Betriebsrat Klage eingereicht. Ein erster Termin vor dem Arbeits-

gericht Oberhausen am 24. Juni dieses Jahres ist geplatzt, da die von der Unternehmerseite geladenen Zeugen nicht erschienen. Ein Ersatztermin war für den 19. Juli angesetzt, wurde dann aber von der Richterin kurzfristig verschoben. Einen neuen Termin für die Verhandlung gibt es derzeit noch nicht.

Forderung: Baurecht am Centro nur gegen Rücknahme der Kündigungen

Das Möbelhaus im Schladviertel ist für die Bedürfnisse von XXXLutz eigentlich zu klein, und auch die Lage mitten in einem Wohngebiet ist aufgrund des Verkehrsaufkommens problematisch. So will XXXL in der Nähe des Oberhausener Konsumtempels Centro ein großes Möbelhaus bauen. Die Einleitung des nötigen vorhabenbezogenen Bebauungsplanverfahrens hat der Rat der Stadt am 4. Juli 2016 beschlossen.

Bei der Ratssitzung empörten sich Mitglieder aller Fraktionen über die Unternehmenspraxis von XXXLutz und äußerten sich im Sinne der KollegInnen von Rück (siehe Dokumentation auf Seite 3). In dem gefassten Ratsbeschluss kommen deren Interessen allerdings nicht vor. Die Bedingungen, die XXXL erfüllen muss, um auf dem ehemaligen Stahlwerksgelände bauen zu dürfen, beziehen sich lediglich auf die künftige Nutzung des Grundstücks im Schladviertel.

Verbale Empörung und unverbindliche Versprechungen sind indes zu wenig. Zu Recht erwarten die KollegInnen von Rück von den Mitgliedern des Stadtrates Taten: Nämlich, keine

Baugenehmigung zu erteilen ohne die Verpflichtung der Geschäftsführung von XXXL Rück, dass sie die Kündigungen der Altbeschäftigten zurücknimmt und ihre arbeitnehmerfeindlichen Praktiken aufgibt.

Boykottaufruf von verdi

In diese Richtung zielt auch der Boykott-Aufruf von verdi an die BürgerInnen vom 15. Juli 2016: „Wir fordern Sie auf, Ihren Einkauf bei XXXL Rück so lange einzustellen, bis XXXL Rück die Verfahren vor dem Landesarbeitsgericht zurückzieht, beziehungsweise diese im Interesse der Arbeitnehmer beendet sind“, heißt es darin. Verdi fordert zudem Stadtspitze und Politik auf, bei der Entscheidung über die Ansiedlung von XXXL Rück am Centro „auch das Verhalten von XXXL Rück gegenüber den ehemaligen Beschäftigten zu berücksichtigen“.

KollegInnen unterstützen!

Es wird in der nächsten Zeit verschiedene Gelegenheiten geben, die KollegInnen von XXXL Rück zu unterstützen und ihren Forderungen Nachdruck zu verleihen.

Die erste ist der Besuch der Verhandlung beim Landesarbeitsgericht in Düsseldorf am 1. August 2016, wo es um die Kündigungsschutzklagen geht.

Weitere Infos folgen.



Demonstration von Rück-KollegInnen am 4.10.2015 in Oberhausen

TIPP

Aktuelle Infos findet ihr z.B. auf diesen Seiten:
www.akuwill.de
www.work-watch.de

Dokumentation

Auszug aus dem Aufruf vom Aktionskreis gegen Unternehmerwillkür (AKUWILL), die KollegInnen von Rück bei der Verhandlung am 19. Juli zu unterstützen:

[...] Bei der Ratssitzung unterstützten alle Fraktionen die Forderung des Betriebsrates von Rück sowie der zuständigen Gewerkschaft ver.di, dass die Neuansiedlung des Möbelhauses gekoppelt werden muss an verbindliche Vereinbarungen im Sinne der Beschäftigten. U. a. hat der Oberbürgermeister nach Aufforderung der Parteien in ihren Plädoyers zugesichert, auf die Geschäftsleitung von XXXL entsprechend einzuwirken.

Es seien diesbezüglich schon Gespräche gelaufen und man habe XXXLutz unmissverständlich klargemacht, dass es nur dann eine Unterstützung des Rates für die Baumaßnahme am Centro geben werde, wenn die aufgestellten Forderungen umgesetzt würden.

Die Forderungen der Parteien, der Gewerkschaft, der MitarbeiterInnen und des Betriebsrates lauten:

- sofortige Rücknahme der Kündigung der Altbeschäftigten,
- Einhaltung von sozialen Standards, Tarifverträgen und de-

ren Nachwirkung,

- Wahrung der Rechte der Beschäftigten, u. a.
- das sofortige Wiedereinsetzen des 2014 in Oberhausen gewählten Betriebsrates,
- Garantieübernahme aller MitarbeiterInnen unter gleichen Arbeitsvertragsbedingungen am Centro.

Wir nehmen Oberbürgermeister Daniel Schranz (CDU) und die Ratsmitglieder insbesondere der Ampelkoalition (SPD/-Grüne/FDP) beim Wort, eine Ansiedlung von Rück am Centro ohne die Erfüllung der oben genannten Forderungen nicht zuzulassen.

Wir erwarten also von den Verantwortlichen der Stadt Oberhausen, dass sie auf dem Abschluss entsprechender Betriebsvereinbarungen bestehen. [...]

Aktionskreis gegen Unternehmerwillkür (AKUWILL)

Roter Teppich für Faschisten?

Mersin, Türkei, ist eine der Partnerstädte von Oberhausen. Ihr Bürgermeister gehört den faschistischen Grauen Wölfen an. Dennoch wurde er – und nicht ein respektabler Bürger bzw. eine Bürgerin aus Mersin – von der Stadt Oberhausen zur Partnerschaftskonferenz Mitte Juni 2016 eingeladen. Anstatt das er ausgeladen wurde, hat er am Ende selbst seine Teilnahme abgesagt. Wir dokumentieren hier eine gekürzte Fassung des Protestflugblatts, das der RSB Oberhausen mit unterzeichnet hat:

Ein Faschist ist ein Faschist, ist ein Faschist, ist ein Faschist und keine Rose

Der faschistische Bürgermeister von Mersin, Burhanettin Kocamaz, hat ein Treffen der Partnerstädte Oberhausens Mitte Juni abgesagt. Grund: Ärger über die Armenien-Resolution des Bundestages.

Absage mit Ansage

Im April 2015 beschimpft der Chef der Grauen Wölfe Bahçeli bei einer Großveranstaltung in der Oberhausener Arena die „Genozid-Lobby. Sie wollen die Türkei verleumden. ‚Buuh!‘ rufen laut die Anhänger, wenn das Wort ‚Genozid‘ fällt.“ [WAZ 26.04.2015]

Stadtrat bezieht klar Stellung gegen die Grauen Wölfe – allerdings im Jahr 2013

Im November fordert der Stadtrat mit großer Mehrheit: „Kein Raum für Rechtsextremismus und Völkerverhass in der König-Pilsener-Arena Oberhausen.“ Gemeint sind die Treffen der Grauen Wölfe in der Arena.

Weiter heißt es in der Resolution: „Die Ziele der Grauen Wölfe richten sich demnach gegen den Gedanken der Völkerverständigung sowie das friedliche Zusammenleben der Völker und sind damit eindeutig verfassungsfeindlich.“ Der Stadtrat fordert „den Grauen Wölfen keine Bühne zu bieten. Oberhausen hat keinen Platz für den Rassismus der Grauen Wölfe.“ [Vorlage A/15/3106-01]

Macht das Bürgermeister-Amt aus einem Grauen Wolf ein Lamm?

2014 wird in der Partnerstadt von Mersin ein Grauer Wolf zum Bürgermeister gewählt. Oppositionelle werden in seiner Stadt brutal unterdrückt. Kurden werden selbst kurdische Hochzeitslieder verboten, auf das Parteibüro der HDP in Mersin findet ein Bombenanschlag statt. In der MHP-Hochburg Mersin herrscht eine Atmosphäre der Intoleranz und Einschüchterung für alle, die das übersteigerte „Türkentum“ der MHP (Parteiename der Grauen Wölfe) nicht teilen.

Roter Teppich für einen Faschisten

Diesen MHP-Bürgermeister von Mersin, Burhanettin Kocamaz, meinte

Oberbürgermeister Schranz unbedingt zu einem Treffen der Partnerstädte Oberhausens Mitte Juni einladen zu müssen.

Städtepartnerschaften dienen der Völkerverständigung. Im Jahr 2013 hatte der Stadtrat richtig festgestellt, dass sich die Grauen Wölfe gegen Völkerverständigung richten. Und es ist richtig: Mit einem faschistischen Bürgermeister lässt sich der Gedanke der Völkerverständigung *nicht* pflegen.

Doch aus der Bühne, die man den Grauen Wölfen in Oberhausen 2013 verweigern wollte, wird 2016 der rote Teppich, den man ihnen ausrollt.

Eine solche *Zauber Macht* hat das Amt auf die Köpfe der Oberhausener Lokalpolitiker. Der Respekt vor Amt und Würden siegt vor der eigenen anti-faschistischen Einsicht.

CDU und SPD bedauern Absage

„Ercan Telli, Geschäftsführer des Integrationsrates, findet die Absage ‚sehr bedauerlich‘, ‚eine komplette Überreaktion‘, urteilt Wolfgang Große Brömer, Landtagsabgeordneter und Fraktionsvorsitzender der SPD im Stadtrat.“ „CDU-Ratsherr Saadettin Tüzün: ‚Als ich von der Absage erfuhr, war ich geschockt.‘“ [WAZ 10.06.2016]

Burhanettin Kocamaz bestätigt: Graue Wölfe sind gegen Völkerverständigung

2013 hat sich der Stadtrat gegen die Grauen Wölfe ausgesprochen. In Mersin zeigt Burhanettin Kocamaz mit seiner brutalen Politik gegen die kurdischen Bürger Mersins, dass Faschisten im Amt nicht etwa respektabler werden, sondern durch ihre Macht noch gefährlicher.

Burhanettin Kocamaz besitzt aber etwas, was unser Oberbürgermeister Schranz nicht besitzt: Konsequenz. Er ist wirklich gegen Völkerverständigung und er handelt auch so. Oberbürgermeister Schranz ist wirklich für Rumeiern – und er handelt auch so. [...]

Warum müssen wir uns gerade in Oberhausen so blamieren?

Putschversuch in der Türkei: Pest gegen Cholera

Der RSB Oberhausen hat in der *Avanti O.* mehrfach kritische Beiträge veröffentlicht zur Politik des türkischen Staatspräsidenten Recep Tayyip Erdoğan und seiner Partei AKP („Partei für Gerechtigkeit und Aufschwung“), die seit 2002 die Türkei allein regiert. Kurz zusammengefasst strebt Erdoğan offenbar eine Präsidialdiktatur an und baut den türkischen Staat entsprechend um. In einer Allianz mit den faschistischen Grauen Wölfen und ihrer parlamentarischen Vertreterin, der MHP („Partei der Nationalistischen Bewegung“), führt die AKP Krieg gegen die kurdische Bevölkerung. (Siehe *Avanti O.* Nr. 22, Juni 2016.)

Am 15. und 16. Juli 2016 versuchten nun Teile des türkischen Militärs, sich an die Macht zu putschen. Als Reaktion gab es Massendemonstrationen von TürkInnen, die gegen den Putsch-

versuch protestierten und Erdoğan ihre Unterstützung zusicherten. Auch im Ruhrgebiet, so in Essen und in Duisburg, gingen Tausende auf die Straße.

Erdoğan nutzt jetzt den schnell niedergeschlagenen Putschversuch als Legitimation, um mit scharfer Repression gegen potentielle WidersacherInnen und KritikerInnen jeder Art vorzugehen.

Wir dokumentieren unten die Erklärung, die unserer Schwesterorganisation *Sosyalist Demokrasi için Yeniyol*, türkische Sektion der IV. Internationale, unmittelbar nach dem Putschversuch veröffentlicht hat und deren politische Stoßrichtung wir unterstützen.

RSB Oberhausen, 18. Juli 2016

Erklärung von Yeniyol

Lasst uns die demokratische Front gegen die Staatsstreiche von Militär und Erdoğan organisieren und Klassenpolitik aufbauen

Wir haben am 15. Juli Sekunde für Sekunde den Ablauf eines Putsches erlebt, mit all seinen Unsicherheiten, der Unschlüssigkeit, den Bewegungen der sich gegenüberstehenden Seiten und den Grausamkeiten. Diese blutige Nacht, die in Erinnerung bleiben wird mit dem Kampf zwischen Soldaten und der Polizei, der Besetzung der Medien, Bildern von massakrierten ZivilistInnen und gelynchten Soldaten und der Bombardierung des Parlaments als einem Höhepunkt, erscheint als einer der letzten Akte des Machtkampfes zwischen ursprünglich Verbündeten in dem Staat, den die AKP und die Gülen-Bewegung gemeinsam errichtet haben¹.

Basierend auf der Tatsache, dass das Erdoğan-Regime nicht zögert, auf Chaos und Bürgerkriegs Atmosphäre zurückzugreifen, um seine Vormachtstellung nach den Wahlen vom 7. Juli 2015 aufrecht zu erhalten, gefolgt von der Niederschlagung

des Putschversuches in einer sehr kurzen Zeit und dem Wiederauftauchen der Regierungsmitglieder in den Medien mit neuem Image, fanden viele Verschwörungstheorien breiten Widerhall, dass dieser Versuch konstruiert wurde, um Erdoğan diktatorische Gelüste zu verwirklichen.

Angesichts des Umstands, dass das Regime bei den letzten Wahlen mit fast 50 Prozent der Stimmen gestärkt wurde, ist eine vernünftige Deutung, dass Unterstützer von Gülen, die sich mit einer großen Entlassungswelle konfrontiert sahen, und einige Teile der Armee, mit denen sie zusammenarbeiten, den Plan zu putschen in Eile vorangetrieben haben.

Obwohl detaillierte Informationen abgewartet werden müssen über die Motive, die Akteure der Bewegung und den Umfang der Informationen, die die Geheimdienste haben, ist es offensichtlich, dass das objektive Ergebnis dieses Ereignisses die

Stärkung des islamisch-autokratischen Charakters von Erdoğan's Regime sein wird.

Die ersten Anzeichen für die Tatsache, dass es eine neue und vielleicht endgültige politische Säuberung im Staatsapparat geben wird, sind tausende von Entlassungen von Richtern und Staatsanwälten und Verhaftungen innerhalb der höheren Justizbehörden: am Morgen des 16. Juli, direkt am Tag, nachdem die Unterstützer des Regimes die Demokratie mit den Parolen „Allahu ekber“ (Allah ist groß), „Recep Tayyip Erdoğan“ und „Wir wollen die Todesstrafe“ gerettet haben.

Die Tatsache, dass die Aufrufe der staatlichen Institutionen und aller Moscheen, die die Menschen auf die Straße bringen sollten, um das Regime gegen den Putsch zu verteidigen, in Angriffe auf die syrische Bevölkerung und in Spannungen in alevitischen Vierteln umschlugen, zeigt deutlich, wie sich die mehrdimensionale

Polarisierung innerhalb der türkischen Gesellschaft auf ein sehr gefährliches Niveau gesteigert hat.

Und wir haben keinen Zweifel, dass Erdoğan's Palast² und die Regierung, die AkademikerInnen, JournalistInnen, Staatsbedienstete, kurdische AktivistInnen und SozialistInnen zu Putsch-BefürworterInnen erklärt und ihre Verhaftung veranlasst haben, wobei sie jedes Wort gegen das Regime mit Terrorismus in Verbindung gebracht haben, diesen Putschversuch am 15. Juli nutzen werden zur Rechtfertigung eines scharfen Angriffs gegen jede Art von Opposition.

Und mittelfristig können wir sicher sein, dass der Putschversuch vom 15. Juli der erste der Gründungsmythen von Erdoğan's Regime sein und nicht Geschichte machen wird als ein gescheiterter Putschversuch ohne Basis, Führung und externe Unterstützung, sondern als ein Putsch, bei dem das Volk auf die Panzer

kletterte, Widerstand leistete und ihn stoppte.

Alle Organisationen der radikalen Linken und alle Parteien, die im Parlament vertreten sind, erklärten, dass sie den Putsch ablehnen. Auch für uns ist es eine prinzipielle Frage, Stellung zu beziehen gegen den Putsch und im Bewusstsein zu behalten, dass Lohnabhängige und unterdrückte Menschen niemals etwas durch eine militärische Intervention gewinnen können, die damit beginnt, demokratische Rechte und Freiheiten außer Kraft zu setzen.

Darüber hinaus erklären wir, dass wir auch Stellung beziehen und beziehen werden gegen den Putsch des Palastes, der die Wahlergebnisse nicht anerkannte, um seine Vorherrschaft zu behaupten, Kurdistan zerstörte, um die Stimmen der Nationalisten zu bekommen,

Massenstreiks verbot und sie zur „nationalen Bedrohung“ erklärte und danach strebte, das Recht der KurdInnen auf Repräsentation abzuschaffen.

Eine Positionierung gegen den Putsch, die sich nicht des Dilemmas „Putsch oder Erdoğan“ entledigen kann, mit dem Erdoğan die Politik in die Falle gelockt hat, spielt in die Hände des Regimes, das nicht nur Putschversuche, sondern alle Teile der Opposition im Namen des „nationalen Willens“ blutig unterdrücken und nicht zögern wird, die islamisch-faschistischen Kräfte zu nutzen, die wir am 15. Juli am Werk gesehen haben.

Der Weg, die Angriffe gegen Lohnabhängige, ethnisch-religiöse Minderheiten, Frauen, LGBTI-Personen³ und oppositionelle Elemente eines diktatorischen Regimes abzuwehren, das abso-

lute Macht anstrebt im politischen, juristischen, militärischen, ökonomischen Bereich, indem es sich selbst zum Opfer des Putsch macht, ist, eine vereinigte Front der existierenden demokratischen Kräfte und Friedenskräfte zu errichten.

Der Weg, sowohl den islamisch-kapitalistischen Machtblock als auch die Möglichkeit einer blutigen Militärdiktatur dauerhaft in den Mülleimer der Geschichte zu werfen, ist der Weg, der bislang ignoriert wurde; geduldig von unten die soziale Opposition aufzubauen, mit der ArbeiterInnenklasse in ihrem Zentrum.

Der Weg ist dunkel; lasst Hoffnung und Widerstand unser Licht sein!

Sosyalist Demokrasi için Yeni yol, türkische Sektion der IV. Internationale, 17. Juli 2016

Originaltext:

<http://internationalviewpoint.org/spip.php?article4617>

Übersetzung aus dem Englischen:

Petra Stanius

Fußnoten

(1) *Die Glaubensgemeinschaft des Predigers Fethullah Gülen und die AKP Erdogans waren Verbündete, bis im Dezember 2013 ein scharfer Konflikt zwischen ihnen ausbrach und Gülen in der Folge von Erdoğan zum Staatsfeind erklärt wurde.*

(2) *Der Amtssitz von Erdoğan ist der gigantische „Weiße Palast“, den er sich in Ankara bauen ließ.*

(3) *LGBTI ist die Abkürzung für „Lesbian, Gay, Bisexual, Transgender/Transsexual and Intersexed“, also für Lesben, Schwule, Bisexuelle, Transgender und Intersexuelle.*

Scherz, Satire, Ironie und tiefere Bedeutung

Hurra! Oberhausens Stadtkasse muss zwei Millionen weniger als vor vier Jahren für den öffentlichen Personennahverkehr ausgeben! Wir leben hier also auf einer Insel der Seligen?

ERNST KOCHANOWSKI

Bei näherer Betrachtung wird man dann doch eher an das tiefsinnige Jesuszitat erinnert, welches so beginnt: „Selig sind die Armen im Geiste ...“.

Weniger Busse und Bahnen, weniger Personal, längere Takte. Das bedeutet ganz und gar unseligerweise längere Wartezeiten, weniger Haltestellen, weniger Fahrgäste, weniger Arbeitsplätze, aber mehr Autos, mehr Lärm, mehr Feinstaub.

Apropos „mehr Autos“: Diese Folgen der Einsparungen im Öffentlichen Personen-Nahverkehr (ÖPNV) liefern nebenbei noch die nötigen Argumente für die „Willkommenskultur für Bagger“, welche der Herr der Autobahnen in NRW, „Mike“ Groschek, sich so sehr wünscht. Und das nicht nur für den Autobahn-Ausbau im Sterkrader Wald.

Sollten die Freunde des grenzenlosen Autowahns, die Lobbyisten von Autokonzernen und Bauindustrie sich durchsetzen, dann „Gute Nacht, Sterkrader Wald“. Die geplante Monstrosität wird wie ein Magnet noch mehr Verkehr anziehen. Auch acht Spuren werden dann bald noch zu wenig sein.

Aber für was brauchen wir noch Wald in Oberhausen, wenn uns doch das Auto so schnell in die Natur bringt?

Über die Verödung der Stadtzentren und die Zerstörung von Lebensräumen als Folgen dieser Verkehrspolitik bräuchten die Ver-

antwortlichen dann auch nicht mehr verlogen lamentieren. Lediglich ab und an mit ein paar Krokodilstränen über den Leerstand in der Marktstraße auf Wählerfang gehen sollte auch reichen.

Die Stadt Oberhausen und ihr Verkehrsunternehmen, die Stoag, sehen den Abbau des ÖPNV aber nicht als Schilddüberei, sondern als Erfolgsmodell. Was es ja auch ist, wenn man die Verheerungen, die der Autoverkehr anrichtet, einfach ausblendet und stattdessen davon ausgeht, dass der ÖPNV teuer und unprofitabel ist. Darum denkt wohl Herr Overkamp von der Stoag: Nix ist besser als Was! Zitat Werner Overkamp: „Die Umstrukturierungen der vergangenen Jahre haben zur stabilen Basis der Stoag geführt“.

„Umstrukturierung“ in diesem Zusammenhang bedeutet Ausdünnen und Verteuern!

Nur, dies hat auch die Fahrgäste reduziert, weil wo weniger fährt, kann auch weniger mitfahren, und wo es teurer wird, ebenso. Daraufhin wurde, weil weniger Einnahmen und weniger Bedarf, weiter „umstrukturiert“, was weniger Fahrgäste mit sich brachte. Als Folge davon wurde „umstrukturiert“, was wiederum zu weniger Fahrgästen führte. Notwendigerweise gab es dann weitere „Umstrukturierungen“ inklusive Fahrpreiserhöhungen, was wiederum die Fahrgastzahlen senkte ... usw. Dies wird so weitergehen, bis endlich Nix erreicht wird.

Nix ist nämlich die stabilste Basis überhaupt.

Frankreich: Kampf gegen Arbeitsrechts-Reform – Was geht uns das an?

Vortrag und anschließende Diskussion

**Am 27.07.2016 um 19:30 Uhr
im Haus Union
Schenkendorfstraße 13
46047 Oberhausen**

Seit Monaten protestieren Millionen in Frankreich gegen die Arbeitsrechts-„Reform“ der Regierung. Sie will – ganz in der Logik der EU-Agenda 2020 – die Rechte von Beschäftigten und Gewerkschaften massiv einschränken.

So sollen Abweichungen von der gesetzlichen Norm mittels Betriebsvereinbarungen ermöglicht werden.

Dann könnten etwa Urlaubsansprüche, Feiertagsarbeit, Überstundenzuschläge und Arbeitszeit an die „Bedürfnisse der Unternehmen“ angepasst werden.

Unter anderem würde die 35-Stundenwoche ausgehebelt werden.

Zugleich sollen der Kündigungsschutz gelockert und Kürzungen für Erwerbslose durchgesetzt werden.

Diese Angriffe geschehen vor dem Hintergrund der ungelösten sozialen und wirtschaftlichen Krise in unserem Nachbarland.

Sie werden flankiert von der zunehmenden Repression gegen gewerkschaftliche Aktionen und dem immer wieder verlängerten Ausnahmezustand.

Der Journalist, Autor und Gewerkschafter Bernard Schmid (Paris) wird uns über die Hintergründe und die aktuellen Entwicklungen informieren.

Eine Veranstaltung des Rosa-Luxemburg-Club Oberhausen, in Kooperation mit der Rosa Luxemburg Stiftung NRW, dem Verein für eine solidarische Gesellschaft (VSG) und Paroli - Verein für soziale Kultur e. V.

RSB/IV. Internationale

Wer wir sind und was wir wollen

Der *Revolutionär Sozialistische Bund* (RSB) ist Teil der 1938 gegründeten IV. Internationale. Sie ist in über 50 Ländern aktiv und hält grundlegende Probleme der Welt – Krieg, Umweltzerstörung, Arbeitslosigkeit, Armut und Hunger – im Rahmen der kapitalistischen Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung nicht für lösbar. Sie strebt eine selbstverwaltete sozialistische Demokratie an, die die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen beendet. Deshalb fördert der RSB alle Bemühungen, aktiv und gemeinsam mit anderen politischen Strömungen für die sozialen Errungenschaften, demokratischen Rechte und

wirtschaftlichen Interessen insbesondere der arbeitenden Klasse einzutreten. Er unterstützt den Kampf gegen Rassismus, Frauenunterdrückung und jede Art von Diskriminierung. Er setzt sich für den Erhalt der Umwelt ein. Er fordert die politische, rechtliche und soziale Gleichstellung aller in der Bundesrepublik lebenden Menschen und die völlige Gleichstellung der Geschlechter. Ziel des RSB ist es, das Vertrauen der Menschen in ihre eigene Kraft zur radikalen Veränderung zu stärken. Der Schwerpunkt seiner Aktivitäten liegt in den außerparlamentarischen Kämpfen.

Impressum:

RSB Oberhausen
Postfach 10 01 25
D-46001 Oberhausen

Kontakt:

Fon: +49 (0) 208 / 768 422 46
Email: info@rsb4-oberhausen.de
Web: www.rsb4-oberhausen.de

V.i.S.d.P.: RSB, 68026 Mannheim



TERMINE (weitere Infos beim RSB Oberhausen)

- Mi., 27.07.16, 19:30 Uhr, Veranstaltung: Frankreich – Kampf gegen „Arbeitsrechts-Reform“, mit Bernard Schmid (Paris), Haus Union, Oberhausen
- Mo., 15.08.16, 19:00 Uhr, Treffen vom Frauen-Plenum Oberhausen, Marktstr. 133, Oberhausen
- Mi., 17.08.16, 12:00 Uhr, Treffen des Aktionskreises gegen Unternehmerwillkür (AKUWILL), Linkes Zentrum, Oberhausen
- Sa., 03.09.16, 14:00 Uhr, bundesweite Demo „Aufstehen gegen Rassismus“, Adenauerplatz, Berlin

Vorschau September:

- Do., 08.09.2016, 19:00 Uhr, Linkes Zentrum, Fortsetzung der Filmreihe „Auf den Spuren der ArbeiterInnenbewegung“ mit „Mutter Krausens Fahrt ins Glück“